



Treibjagd auf Kassenärzte!

Ärzte-Bashing ist nur Ablenkungsmanöver

Als Ablenkungsmanöver von den eigentlichen Problemen der Gesundheitspolitik und als persönliches "Scheinmarketing" bezeichnet der Präsident der Bürgerinitiative Gesundheit DGVP e.V., Wolfram - Arnim Candidus, die von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr jüngst geforderten Vergütungskürzungen für Kassenärzte bei überlangen Wartezeiten auf Arzttermine.

Zeitgleich hat der AOK-Bundesverband den niedergelassenen Ärzten, zumal aber den Fachärzten vorgeworfen, zu Lasten der Kassenpatienten zu viel Zeit und Energie auf die Behandlung von Privatpatienten und Selbstzahlern zu verwenden.

"Der Bundesgesundheitsminister und der AOK-Bundesverband haben faktisch eine Treibjagd auf die niedergelassenen Ärzte begonnen. Sie haben falsche Darstellungen der Ist-Situation in der ambulanten Versorgung aus der Mottenkiste geholt, in der sie nach einer gescheiterten Initiative von SPD-Gesundheitspolitikern mit gleicher Stoßrichtung zu Recht gelandet waren. Fehlinformationen, Irritationen und weitere Vertrauensverluste sind die Folge", so Candidus weiter.

"In Wirklichkeit sind längere Wartezeiten primär dem stetig steigenden Versorgungsbedarf in unserer alternden Gesellschaft geschuldet. Die Anzahl chronisch kranker, älterer, vielfach multimorbider Menschen wächst kontinuierlich. Damit nimmt aber auch der Versorgungsbedarf zu. Hinzu kommt, dass bei Überschreitungen der so genannten Regelleistungsvolumina, die keinen Bezug zu der vor Ort zu behandelnden Morbidität aufweisen, gerade die Ärzte finanziell abstrafte werden, deren Leistung - wie etwa bei den Landärzten - strukturell besonders nachgefragt sind. Oder die einen guten Ruf haben, was sich in einem erhöhten Patientenzustrom niederschlägt. Kein Wunder, dass ein Teil der Ärzteschaft von Zeit zu Zeit "Budgetferien" macht, um dieser Regress-Konsequenz zu entgehen.

Längere Wartezeiten müssen lediglich die Patienten in Kauf nehmen, die nicht sofort behandelt werden müssen. Akut behandlungsbedürftige Patienten werden nach wie vor sofort behandelt", betont Candidus.

"Wir brauchen kein Ärzte-Bashing, sondern eine enge regionale Vernetzung der medizinischen Berufsgruppen mit dem Ziel die Qualität und Effizienz der Versorgung/ Behandlung/ Betreuung zu steigern. Zum anderen benötigen wir endlich eine leistungsgerechte Vergütung für die niedergelassenen Ärzte, die an die von ihnen konkret zu behandelnde Morbidität anknüpft.

Auch die Patienten können einiges tun, um Wartezeiten auf Behandlungstermine zumindest zu verkürzen. Durchschnittlich 18 Arztkontakte pro GKV-Versichertem und Jahr sind des Guten ganz einfach zu viel.

Immerhin: Minister Bahr hat schnell erkannt, dass er mit seiner Forderung auf dem Holzweg war. Er ist flugs zurück gerudert.

Dem AOK-Bundesverband ins Stammbuch geschrieben: Gesundheitspolitik, die den Patienten eine hochwertige und verlässliche ambulante Versorgung gewährleistet, kann man nur im kritischen und konstruktiven Dialog mit den Ärzten betreiben. Das schließt knallharte Sachkonflikte ein, gegenseitiges Diskreditieren des Partners in aller Öffentlichkeit aber nicht. Insoweit unterscheidet sich das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten um keinen Deut von der bewährten Partnerschaft von Arbeitgebern und Gewerkschaften, die ein eminent wichtiger Faktor des Wirtschaftsstandorts Deutschland und unseres Sozialstaates ist. Den in der Selbstverwaltung vertretenen Sozialpartnern sollte das partnerschaftliche Mit- und Gegeneinander eigentlich in Fleisch und Blut übergegangen sein. Zu merken ist bei der Ärzte-Hatz davon zurzeit allerdings nichts", schließt Candidus.

Pressekontakt

Bürgerinitiative Gesundheit DGVP

Frau Katja Rupp
c/o Residenz am Dt. Theater, Reinhardtstr. 29
10117 Berlin

dgvp.de
info@dgvp.de

Firmenkontakt

Bürgerinitiative Gesundheit DGVP

Frau Katja Rupp
c/o Residenz am Dt. Theater, Reinhardtstr. 29
10117 Berlin

dgvp.de
info@dgvp.de

Die Bürgerinitiative Gesundheit DGVP e.V. beschäftigt sich mit gesundheits- und sozialpolitischen Fragestellungen. Ansatzpunkt der Initiative ist die Unzulänglichkeit des deutschen Gesundheitssystems und die destruktive Entwicklung in der Vergangenheit. Aus Sicht der DGVP gibt es nur eine logische Konsequenz: Wir müssen Kompetenzen vernetzen und gemeinsam agieren.

In der DGVP werden Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Kompetenzen aktiv - Patienten, Leistungserbringer, Versicherte, Politiker, Wissenschaftler, Vertreter der Medien oder der Gesundheitswirtschaft.

Die Bürgerinitiative verfolgt aufmerksam die Entwicklungen im Gesundheitswesen, begleitet und kommentiert das Planen und Handeln im Gesundheitswesen kritisch und entwickelt eigene Gestaltungsvorschläge für das Gesundheitssystem. Weiterer Schwerpunkt ist die Aufklärung der Öffentlichkeit, um die Bevölkerung zu mündigen und kompetenten Versicherten und Patienten zu machen.

Wichtige Forderungen der DGVP sind: Verbesserung der Patientenrechte, mehr Mitbestimmung, Transparenz und Information im Gesundheitswesen sowie Qualität und Wirtschaftlichkeit medizinischer Versorgung.